



Berlin, 13. März 2006

## **Wollen die Arbeitgeber einen anderen Staat?**

**Nach dem ergebnislosen Abbruch der Gespräche zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 11. März 2006 hat die Tarifkommission der dbb tarifunion die aktuelle Situation einen Tag später in Berlin beraten.**

Nach Auffassung der Tarifkommission geht es nicht mehr nur um einen sinnvollen und für alle Beschäftigten tragbaren Tarifkompromiss für die Bundesländer, sondern um eine grundsätzliche politische Richtungsentscheidung. So offenkundig wie der Verhandlungsführer der TdL, der niedersächsische Finanzminister Möllring, auf ein Scheitern programmiert war, muss davon ausgegangen werden, dass es eine ganz breite Mehrheit von Ministerpräsidenten gibt, die die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes an die Wand drücken und in die Knie zwingen wollen. Ganz bewusst wird seit einiger Zeit von Seiten der Arbeitgeber nicht mehr ergebnisorientiert verhandelt. Tarifpolitische Auseinandersetzungen, die in Deutschland bisher durch Kompromisse auf der Grundlage einer vertrauensvollen Partnerschaft gelöst wurden, wollen nunmehr die Arbeitgeber durch Machtdiktat entscheiden. Wer, wie die TdL mit der Aufkündigung droht, diese Partnerschaft aufzugeben, will offenbar einen Staat, in dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht mehr miteinander reden und sich einigen. Wir wollen diesen Staat nicht. Wir dürfen nicht nachlassen uns dafür einzusetzen, dass wieder einheitliche Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geschaffen werden.

Der Abbruch der Verhandlungen kann nicht tarifpolitisch bewertet werden, sondern ist einzig und alleine auf Machtpolitik ausgelegt. Erklärtes Ziel der Arbeitgeber scheint es zu sein, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes so weit wie möglich entmachteter werden sollen. Dies können und werden wir uns nicht gefallen lassen. Wie und in welcher Form sich die Tarifaueinandersetzung auf die Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung auswirkt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft nahmen an der Sitzung die gewählten Vertreter Elisabeth Ise, Karl-Heinz Leverkus, Hans-Henning Merker und Friedhelm Thomas teil.